

Zwei schlechte Hälften ergeben kein Ganzes. Zur Krise der Demokratie

Rainer Forst

Two Bad Halves Don't Make a Whole. On the Crisis of Democracy'

Abstract: This article argues that democracy is currently in a fundamental crisis, disintegrating into two halves that are both truncated and no longer able to form a whole. The first half is that of nationalist-majoritarian populism (in both right and left wing variants), which seeks to regain control of national finances as well as borders through nationalist policies. In this populist halving, especially on the right, democracy becomes an instrument of domination and the exclusion of minorities. Such perversions point to justification crises where the very meaning of democracy gets lost. Essentially, populism proposes a *national* solution to a *global* problem, which is doomed to fail. This is the heart of the current structural crisis of democracy: power relations, especially those related to capitalism, are global in nature, but our normative political frameworks have remained at the national level. A justification crisis results from perversions of democracy. The other half of democracy adheres to liberal-democratic principles, but it shares the latter problem: it resigns itself to what is still possible at the national level and therefore fails to fully realize democratic principles. The proper task of democracy as the political practice of justice, however, is to enable collective self-determination through public justification. Its future therefore depends on democracy regaining its power to effect social change, and this can only be achieved through national democracies becoming part of transnational democratic politics.

Keywords: Crisis of Democracy; Populism; Nationalism; Justification Crisis; Transnational Politics.

* J. W. Goethe Universität Frankfurt am Main, Institut für Politikwissenschaft (forst@em.uni-frankfurt.de; ORCID: 0000-0002-8245-5476).

¹ Dieser Text wurde erstmals in Forst (2021, 285-296) veröffentlicht. Frühere Versionen dieses Aufsatzes habe ich auf dem 27. Wissenschaftlichen Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft in Frankfurt im September 2018, den Römerberggesprächen in Frankfurt im November 2018 und der *Constellations*-Konferenz in New York im Dezember 2018 vorgestellt. Danke an alle, die meine Gedanken bei diesen Gelegenheiten kommentiert haben.

1. Krisen und Kritiken der Demokratie

Die Demokratie, noch vor noch nicht allzu langer Zeit als optimale oder, mehr noch, alternativlose Form des politischen Zusammenlebens angesehen, wird heute in manchen Hinsichten als “tot”² oder absterbend³, jedenfalls im Sinne einer normativen Erosion als vital gefährdet⁴ beschrieben. Eine genuine Krise also, wie es scheint, in der die Demokratie auf Messers Schneide steht.

Die Diagnosen des demokratischen Verfalls sind zahlreich und vielfältig – und das Folgende ist lediglich eine kurze und zusammenfassende Liste, bevor ich meine eigene Analyse vorstelle. In einer “Postdemokratie”⁵ wird Politik nur noch simuliert und verkommt zu einem Spektakel, während die eigentlichen Entscheidungen anderswo getroffen werden. Nicht nur außerhalb des Westens entstehen autoritäre Regierungsalternativen, sondern auch in westlichen Gesellschaften wird für eine “nichtliberale Demokratie” plädiert und populistische Parteien, die beanspruchen, das “wahre” Volk zu repräsentieren, gewinnen an Macht.⁶ Digitale Medien bringen einen Strukturwandel demokratischer Öffentlichkeiten mit sich, der zu einer Fragmentierung von Kommunikationswelten führt.⁷ Der säkulare, demokratische Rechtsstaat wird durch religiöse Gemeinschaften in Frage gestellt – von Mehrheiten wie auch Minderheiten (die einen insistieren, Kruzifixe in Klassenräumen aufzuhängen oder Kopftücher zu verbieten, die anderen wehren sich gegen liberale Erziehungsinhalte).⁸ Die soziale Ungleichheit nimmt in vielen Ländern zu, und mit ihr nimmt die Identifikation mit dem gesellschaftlich-politischen System ab.⁹ Trans- und supranationale Politik wird nicht nur durch Nationalismen in Frage gestellt, sondern als elitäre Form des Regierens kritisiert, die nur verschleierte Interessenspolitik zugunsten mächtiger Staaten oder transnationaler Konzerne ist.¹⁰ Gleichzeitig wird die “Demokratie” als unfähig angesehen, zentrale Probleme wie die Erderwärmung oder die Luftverschmutzung praktisch zu bewältigen.¹¹

² Keane (2009).

³ Levitsky, Ziblatt (2018).

⁴ Runciman (2020).

⁵ Crouch (2008).

⁶ Mounk (2018); Müller (2016).

⁷ Sunstein (2017).

⁸ Arato, Cohen (2017); Joppke (2018).

⁹ Mishra (2017); Piketty (2014).

¹⁰ Avant, Finnemore, Sell (2010).

¹¹ Brennan (2017).

Viele dieser Krisenerscheinungen und -wahrnehmungen gehen einher mit radikalem Protest und Wutausbrüchen, aber es offenbart sich dabei eine Ambivalenz. Denn wir müssen zwischen der antidemokratischen Wucht der Kritik einerseits und der Kritik enttäuschter Demokrat*innen andererseits differenzieren. Wer Xenophobie und Autoritarismus vermischt, ist ein Antidemokrat, und was sich hier entlädt, ist das, was man mit Adorno einen "Hass aufs Nichtidentische" nennen kann. Wer jedoch die technokratische Aushöhlung der Demokratie kritisiert, wünscht sich eine konsistentere, demokratischere Form der Demokratie. Wir dürfen, wenn wir die Kritik der Demokratie in den Blick nehmen, nicht in begrifflicher Nacht alle Katzen grau werden lassen. Das ist insbesondere für kritisches Denken von Belang, denn die Verteidigung der Demokratie als *Prinzip* ist eine Sache, die Verteidigung der *konkret existierenden Ordnung* eine andere. In diesem Zusammenhang sehe ich die Gefahr eines "progressiven Konservatismus", der die Differenz zwischen der Verteidigung einer Idee und der Verteidigung der Realität aus den Augen verliert. Man meint, die Demokratie verteidigen zu sollen, und akzeptiert damit ihren Status quo (oder Status quo ante).

Die Demokratie ist oft, vielleicht immer, ein nicht eingelöstes Versprechen, und es ist keinesfalls undemokratisch, daran zu erinnern – sofern man an dem Versprechen festhält. Denn es ist ein Versprechen der Gerechtigkeit, wie ich argumentieren werde, und niemand ist befugt, ein solches Versprechen zu brechen, nicht einmal eine Mehrheit der Bürger*innen.

2. Die Halbierung der Demokratie

Ich möchte im Folgenden meine eigene Krisendiagnose vorstellen und die These vertreten, dass wir uns auf die Grundlagen und die Aufgaben der Demokratie besinnen müssen, um uns zu ihrer Krise zu verhalten. Denn diese Krise ist im Grunde eine der Halbierung der Demokratie, die in zwei Hälften zerfällt, die in sich problematisch, weil verkürzt, sind, und die kein Ganzes mehr ergeben können. Die heutige Krise ist fundamental, weil uns dabei der Begriff der Demokratie selbst abhandenkommt.

Die erste Hälfte der Demokratie ist eine besonders schlechte, ja bereits angefaulte. Sie ist die des autoritären Populismus, verbunden mit einem gehörigen Schuss Fremdenfeindlichkeit und dem Versuch, die politische "Kontrolle" über öffentliche Ausgaben zurückzugewinnen und natürlich auch die über die Grenzen des Landes und die Migrationsbewegungen, die wir nicht erst seit einigen Jahren sehen. Hierbei spielen zahlreiche Fak-

toren eine Rolle, aber man sieht bereits im deutschen Kontext, wie die frühere Rhetorik der “Leitkultur” und der Islamabweisung ebenso wie die Kritik an der Europäischen Union und besonders der Europolitik nach der globalen Finanzkrise den Grundtenor abgeben für eine radikal-nationalistische Volksrhetorik, die gerade in Deutschland eine katastrophale Tradition hat.¹² Hier verkommt der Anspruch demokratischer Herrschaft zu dem Vormachtanspruch einer angeblichen “Mehrheit”, die nun “nicht mehr schweigen” will und sich durch eine destruktive Politik von Freund und Feind bemerkbar macht – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit, von Trump über Orbán bis Bolsonaro.

Die linke Variante dieser Halbierung der Demokratie versucht, die soziale Lage der Globalisierungsverlierer und einkommensschwachen Gruppen zu stärken und die Fremdenfeindlichkeit zu minimieren. Aber auch in ihrer politischen Imagination erscheint allzu oft paradoxerweise die Figur des Migranten als Symbol für ebenjene ökonomische und politische Globalisierung, vor deren negativen Konsequenzen nicht zuletzt diejenigen, die vor Armut oder Bürgerkrieg flüchten, doch eigentlich fliehen und ganz besonders hart – und dann doppelt – getroffen werden. Das ist nicht nur absurd, sondern eine normativ äußerst bedenkliche Schlagseite dieser national fixierten Vorstellung linker Politik. Hier erscheint alles außerhalb der eigenen politischen Grenzen Liegende als Gefahr, und das Ergebnis ist eine Linke, die keine klare Meinung zum Brexit hat, die meint, sie müsse in Deutschland “aufstehen” (nicht aber gegen Rassismus demonstrieren wie in Berlin im Oktober 2018), oder die, wie in Italien, gar eine Koalition mit der Rechten im Namen des “Volkes” eingeht.

Aus zwei Gründen nenne ich die nationalistisch-majoritäre Variante zeitgenössischer Politik eine der Halbierung der Demokratie. Erstens verletzt sie grundlegende demokratische Standards des gleichen Respekts für die Stellung und Rechte von Minderheiten, etwa in Grenzziehungen gegen den Islam (der dann mal wieder nicht zu Deutschland gehört) oder in einer Re-Ethnisierung dessen, was zur Staatsbürgerschaft gehört. So wird die Demokratie ausgehöhlt und pervertiert: Sie wird zu einem Instrument der Beherrschung und Ausgrenzung. Hier zeigt sich, wie fundamental die derzeitige Krise ist, denn wenn der Begriff der Demokratie dazu dient, Unterdrückung und Exklusion zu legitimieren, dann ist etwas gehörig verrutscht. Denn was anders soll eine Demokratie sein als eine normative Ordnung, die die Aufgabe hat, allgemein bindende Normen zu generieren, die sich am Maßstab der Gerechtigkeit messen lassen und die

¹² Vgl. dazu Forst (2021, Kap. 14).

aus einer Praxis der Rechtfertigung unter politisch Gleichen hervorgehen (was Politiken verbietet, die ebenjenen Status der Gleichheit in Gefahr bringen)?¹³ Notwendig zur Demokratie gehört eine Reihe von Rechten auf politische Beteiligung und soziale Teilhabe, auf Freiheit von religiöser Diskriminierung bis hin zu der Sicherheit eines fairen Asylverfahrens.¹⁴ Entwürdigende Abstufungen des Dazugehörens bis hin zur Anfeindung anderer als volksfremde Gefährdungsobjekte vernichten die Demokratie und können, normativ gesprochen, niemals in ihrem Namen gerechtfertigt werden.

Dazu bedarf es, um hier eine weitere konzeptuelle Überlegung anzuschließen, nicht weiterer “Werte” wie Rechtsstaatlichkeit oder Pluralismus, die neben die Demokratie gestellt und zu (möglicherweise rivalisierenden) “Grundwerten” erklärt werden.¹⁵ Im Gegenteil, wir müssen uns gegen eine Reduzierung der Demokratie auf eine ihrer Hälften wehren und dürfen sie nicht ihren Feinden überlassen. Die Demokratie ist die politische Praxis der Gerechtigkeit, und Minderheitenrechte und Rechtsstaatlichkeit müssen nicht neben sie gestellt und erst mit ihr verbunden werden, sondern sie gehören begrifflich und normativ gesehen zu ihrem Kern.

Wir haben es hier also, um es in der klassischen Terminologie der Frankfurter Schule zu sagen, mit einer *Dialektik der Demokratie* zu tun: Die nationalistische Halbierung verkehrt die Demokratie in ihr Gegenteil. Sie wandelt sich von einer Praxis der Gleichen (was wohlgerne ein kontrafaktisches Ideal darstellt) zu einem mehrheitlichen Instrument der Unterdrückung und der Exklusion.

Zweitens ist die nationalistische Verfallsform der Demokratie, auch in ihrer linken Variante, eine halbierte Demokratie, da sie eine *nationale* Lösung für *globale* Probleme vorschlägt, von den repressiven Elementen dieser Lösung in ihrer rechten Variante einmal abgesehen. Wer sich anschickt, die negativen Auswirkungen ökonomischer Globalisierung – vom lohndrückenden Standortwettbewerb über die Steuervermeidung globaler Unternehmen bis hin zur Dominanz der Finanzmärkte in Bezug auf nationale Haushalte – nicht nur zu mindern, sondern an ihren Wurzeln zu packen, muss in transnationalen Begriffen denken und eine transnationale Politik fordern. Es gibt keinen anderen Weg, die politische “Kontrolle” (wieder?) zu erlangen. Bei ökologischen Fragen ist das genauso der Fall.

Nun wollen wir autoritären Halbdemokraten wie Orbán oder einem Chamäleon wie Boris Johnson nicht zu viel Anerkennung zollen, indem

¹³ Forst (2007, Kap. 7); Forst (2015, Kap. 8).

¹⁴ Forst (2016).

¹⁵ Eine frühe Version davon vertritt Kelsen (2018).

wir ihnen eine soziale Komponente zuschreiben, die sie nicht aufweisen, da sie eigentlich nur eine schöne Nische für ihr Land innerhalb des globalen Kapitalismus suchen. Aber diejenigen, die es ernst meinen mit der Rückgewinnung demokratischer Kontrolle über Märkte und das ökonomische Geschehen, müssen erkennen, dass nationale Politiken in dieser Konstellation keine strukturellen Änderungen hervorbringen können, wenn sie nicht Teil transnationaler Anstrengungen sind.¹⁶

Und hier kommen wir auf den Kern der strukturellen Krise der Demokratie zu sprechen, die sich auch zu einer normativen Krise auswächst. Wir leben in einer Zeit der Verhältnisse von Macht und Beherrschung, die globaler Natur sind, aber der normative Denkraum, innerhalb dessen wir Politik verstehen, verharrt auf der nationalen Ebene. Das führt zu dem, was ich eine grundlegende *Rechtfertigungskrise* der Demokratie nenne: Wir haben die normative Ordnung für progressive und wirkmächtige Politik verloren, also für eine Politik, die gerade ökonomische Macht in eine demokratische Rechtfertigungsstruktur einbindet und sie reguliert, weil uns die politischen Strukturen fehlen, die die globale Ökonomie kontrollieren und zügeln können.¹⁷ Aufgrund der *normativen* Defizite unseres Demokratieverständnisses und der *strukturellen* Probleme, die sich aus den bestehenden Machtverhältnissen ergeben, sind wir nicht dazu in der Lage, eine progressive demokratische normative Ordnung zu bilden beziehungsweise sie uns überhaupt vorzustellen. Die Demokratie ist ortlos und machtlos geworden; denn sie sieht sich übermächtigen Strukturen gegenübergestellt, die sie nur noch passiv hinnehmen zu müssen scheint. Dies erzeugt eine tiefe Unruhe und Unzufriedenheit, die sich seit der Finanzkrise und den mit ihr verbundenen Bildern von Menschen, die ihre Häuser verloren, und anderen, die dennoch ihre Boni bekamen, mit einem Zorn verbinden, die in all den dialektischen Verkehrungen unserer Zeit sich manchmal gegen die Europäische Zentralbank, manchmal gegen "die Griechen" (vor allem in Deutschland) und manchmal gegen Migrant*innen richtet. Solche Reaktionen haben viele Wurzeln, aber eine wichtige davon ist der Eindruck der Machtlosigkeit gegenüber den Prozessen der Globalisierung. Die Pathologien der Suche nach Sündenböcken entstehen durch fehlgeleitete nationalistische Machtphantasien, wieder "Herr im Haus" zu werden.

¹⁶ Vgl. im europäischen Kontext Piketty (2018).

¹⁷ Dazu Habermas (1998).

3. Demokratie als Praxis der Gerechtigkeit

An dieser Stelle sei ein kurzer Exkurs im Sinne einer historisch-normativen Reflexion erlaubt. Fromme Sonntagsreden über die Bedeutung der Demokratie und die Notwendigkeit ihrer Erhaltung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Demokratie eine beständige Baustelle ist. Aber mehr noch, sie ist ein *fighting creed*, ein Aufruf zum Kampf. Dies gilt seit ihren Anfängen im Widerstand gegen die Feudalherrschaft auf politischem und sozialem Gebiet, später im Kampf gegen andere Formen der ökonomischen Ausbeutung im kapitalistisch-industriellen Zeitalter, dann im Kampf gegen die Unterdrückung des weiblichen Geschlechts oder gegen staatsbürokratische Formen des sogenannten real existierenden Sozialismus – und heute gegen spätkapitalistische, neofeudale sozioökonomische Strukturen und den neuen Autoritarismus.¹⁸ Die Demokratie kommt nicht als schöne Idee deliberierender Gemeinschaftsbildung in die Welt, sondern als Widerstand gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung. Und wenn ich oben sagte, sie sei die politische Praxis der Gerechtigkeit, so bedeutet das, dass ihr Kern darin besteht, Strukturen der fairen und effektiven öffentlich-allgemeinen Rechtfertigung zu etablieren, in denen die, die unregelter Herrschaft und Beherrschung unterworfen sind, Subjekte der Rechtfertigung und Autor*innen von Normen werden können, das heißt die die normative Ordnung, der sie angehören, als Gleiche unter Gleichen mitbestimmen können.¹⁹ Die Forderung nach Demokratie ist eine Forderung der Gerechtigkeit, danach also, nicht länger als normatives “Nichts” zu gelten, wenn es um politische Rechtfertigung geht, sondern den Status zu erlangen, eine gleichgestellte normative Autorität zu sein. Die Demokratie ist nichts ohne wirkliche kollektive politische Autonomie.²⁰

Es ist und bleibt Aufgabe der Demokratie als Praxis kollektiver Rechtfertigung, die Kräfte und Machtverhältnisse zu zivilisieren und zu transformieren, die willkürlich über das Leben der Menschen bestimmen oder die zumindest nicht ausreichend gemeinwohlverträglich kontrolliert werden. Nur wenn diese Transformation und Kontrolle gelingt, erfüllt die Demokratie ihren Zweck der Gerechtigkeit. Wenn aber – wie es in den letzten Jahrzehnten seit den Neunzigern und verstärkt seit der Finanzkrise 2008 der Fall war – die Menschen den Eindruck gewinnen, dass ihre demokra-

¹⁸ Keane (2009); Meckstroth (2015). Zum Neofeudalismus in zeitgenössischen Gesellschaften vgl. Forst (2005).

¹⁹ Siehe Forst (2021, Teil II).

²⁰ Habermas (1992).

tische Form diese Funktion nicht länger erfüllt, weil sie einer Ökonomie gegenübersteht, die sie nicht mehr kontrollieren will oder kann, wendet sich das Streben nach politischer Autonomie gegen das System selbst. Und wenn irreführende, verkürzende Kausalerklärungen hinzukommen, die alles „Fremde“ zu Symbolen des Kontrollverlusts erklären, verbindet sich der demokratische Autonomieimpuls mit der Xenophobie (die aus komplexen, dunklen Quellen entspringt) und verkehrt sich in sein autoritäres Gegenteil. Der nationalistische Populismus ist die Folge.

4. Die andere Hälfte

Darauf müsste die andere Hälfte der Demokratie reagieren, doch sie tut es, wenn überhaupt, nur unzureichend. Damit meine ich jene Form der Politik, die an liberal-demokratischen und auch distributiven Prinzipien festhält, diese aber innerhalb eines Spektrums von konservativ und liberal bis hin zu grün und sozialdemokratisch unterschiedlich interpretiert. Wichtig ist, dass dabei auch der Konservatismus Prinzipien des multikulturellen Zusammenlebens und der Geschlechtergerechtigkeit zu akzeptieren gelernt hat, was innerhalb dieser Strömung allerdings zu Debatten führt.²¹ Auch der Versuch, Kosmopolitismus und Patriotismus zu balancieren, ist prekär. Jedenfalls knirscht es gewaltig, und zwar nicht nur auf der konservativen Seite, sondern auch der sozialdemokratischen, weil viele ihrer Wähler*innen für die populistische Kritik an entrückten Eliten, die die „kleinen Leute“ ignorieren, empfänglich sind, und dies nicht immer zu Unrecht. Wieder sei daran erinnert: Wer demokratische Prinzipien verteidigt, muss nicht so tun, als seien diese bis vor Kurzem ausreichend verwirklicht gewesen und nun alles in Gefahr. Sie waren es nicht, denn wenn alles gut gewesen wäre, wäre jemand wie Donald Trump kaum in einer so zentralen Position gelandet.²²

Der Grund, weshalb ich auch diejenigen, die auf diese Weise an liberal-demokratischen Prinzipien festhalten, als Vertreter einer halbierten Demokratie bezeichne, wenn auch einer weit weniger destruktiven Hälfte, ist nicht, dass ich in den Chor einstimmen will, der insbesondere der Linken vorwirft, sie habe sich in den letzten Jahrzehnten auf kulturelle Identitätspolitik konzentriert, die etwa zur gleichgeschlechtlichen Ehe, aber nicht zu sozialer Politik führe.²³ Ich will den Sinn dieser Debatte, insbesondere in

²¹ Biebricher (2018).

²² Fraser (2017a).

²³ Lilla (2017).

den USA, nicht in Gänze bestreiten, aber ich sehe in ihr eine ideologische Kehrseite, die man vermeiden sollte. Denn Gerechtigkeitspolitik lässt sich nicht so zweiteilen, wie diese Kritik es insinuiert, und ich sehe nicht, wie die Betonung des einen gegen das zweite spräche.²⁴

Der Grund für die Rede von der auch hier halbierten Demokratie ist, dass auf dieser Seite ebenfalls die *nationale* normative Ordnung als die bestimmende betrachtet wird. Dies führt zu den bereits erwähnten Problemen, und so schrumpft liberal-konservative Politik rasch darauf zusammen, die Kassenbestände schwarz zu halten und Migration möglichst zu begrenzen, während sozialdemokratische Politik sich von dem Versuch verabschiedet, ökonomische Machtstrukturen zu verändern und sich auf die Aufgabe konzentriert, die schlimmsten Folgen ökonomischer Fehlentwicklungen lediglich zu kompensieren. Dann kommen Mindestlöhne dabei heraus, was lobenswert ist; aber politisch-ökonomische Strukturpolitik erfordert mehr. Sie müsste mindestens im europäischen Rahmen, eigentlich aber in einem transnationalen verfolgt werden, in dem erst ausreichende Macht generiert werden könnte, um die globale Ökonomie zu transformieren.²⁵ Eine solche Transformation war und ist, zur Erinnerung, die Aufgabe der Demokratie. Wenn sowohl die politische *Vorstellungskraft* als auch die politischen *Strukturen* fehlen, um diese Aufgabe zu erfüllen, dreht die Politik nur noch an kleinen Rädchen und produziert jene Unzufriedenheit, die den Autoritären in die Karten spielt. Dann sieht die national orientierte Politik dieser Hälfte der Demokratie wie eine Don Quichotterie aus. Und sie begibt sich in einen politischen Wettkampf darum, wer die "Integrität" oder den "Zusammenhalt" der Nation am besten bewahren kann, und darauf warten die nationalistischen Populisten nur.

5. Kein Ganzes mehr

Die beiden diskutierten Hälften – rechter oder auch linker Nationalismus einerseits und national orientierte liberale Demokratie andererseits – ergeben kein Ganzes mehr, das sich zu einer demokratischen Gestalt fügen könnte. Die eine Hälfte ist intern widersprüchlich, weil sie die falschen Ursachen der Probleme ausmacht, und sie pervertiert die Demokratie in ihrer rechten Variante, sodass sie sich in ihr Gegenteil verkehrt. Die andere Hälfte vermag nicht mehr die Form der Macht zu generieren, die in einer Wirklichkeit transnationaler Herrschaftsverhältnisse nötig ist, und

²⁴ Fraser (2017b).

²⁵ Habermas (2011).

klammert sich an das, was im nationalen Rahmen noch möglich ist. Aber der eigentlichen Aufgabe progressiv-demokratischer Politik ist sie so nicht länger gewachsen.

Diese Krise der Demokratie ist umfassend. Denn es fehlen nicht nur die *Strukturen* der Transformation unregulierter transnationaler Macht in Formen demokratischer Rechtfertigung, es fehlt auch die politische *Vorstellungskraft*, wie so etwas gelingen könnte. Die Demokratie bleibt einem Rechtfertigungsrahmen verhaftet, den die politische Wirklichkeit hinter sich gelassen ist, und das Resultat sind selbstzerstörerische Pathologien, die ein Einfallstor für den nie ruhenden Hass auf das Fremde sind. Die Krise ist auch deshalb so tiefgreifend, weil uns die Sprache für die Art der Politik zu fehlen scheint, die nötig wäre, um die normativen Ordnungen, denen wir unterworfen sind, zu gestalten. Schon innerhalb Europas ist dies unendlich schwierig, und bezieht man die außereuropäischen Gesellschaften mit ein, scheint unklar zu werden, wie eine Sprache der demokratischen Macht und der transnationalen demokratischen Gerechtigkeit eigentlich klänge. Mehr noch, Argumenten wie den meinen wird entgegengehalten, nationale Interessen zu verraten, und auch die Interessen derjenigen, denen es in westlichen Demokratien am schlechtesten geht. Dies trifft jedoch nicht zu. Denn jenseits falscher nationaler Nullsummenspiele sollten wir wissen, dass der internationale Finanzmarkt und die Art, wie transnationale Konzerne operieren, national nicht mehr zu kontrollieren sind – und dass kein Weg an einer strukturellen Reform zugunsten der sozial und wirtschaftlich verwundbarsten Menschen in den westlichen Gesellschaften vorbeiführt, ebenso wie zugunsten der Länder, in denen die Lebensbedingungen so unerträglich sind, dass sich die Menschen gezwungen sehen, zu migrieren. Die Frage der Migration ist auch eine, die nur durch transnationale Politik zu beantworten wäre. Wird es richtig gehandhabt, werden demokratische globale Steuersysteme und -regelungen *allen* diesen Gruppen zugutekommen.

Die Zukunft der Demokratie hängt davon ab, dass sie ihre soziale Gestaltungsmacht zurückerlangt und Politik sich nicht nur darauf beschränkt, einen nationalen Platz an der Sonne der globalen Ökonomie zu ergattern. Progressive Politik muss Wege finden, transnationale demokratische Macht zu entfalten, und es wäre gut, zumindest in Europa damit anzufangen und die entsprechenden “Parteienfamilien” zu echten transnationalen Parteien zu formen, die das, was Gemeinwohl heißt, neu bestimmen. Hier hat die Sozialdemokratie klassischerweise eine Aufgabe, und es steht zu hoffen, dass sie dies erkennt und sich nicht immer weiter in den Wettbewerb drängen lässt, welche Partei die nationalste ist. Die wahrscheinlichen

Gewinner dieses Wettbewerbs sind die Vertreter*innen der ersten Hälfte, die ich analysiert habe.

Glaubwürdige demokratische Politik muss sich der Aufgabe der gemeinwohlorientierten Transformation sozio-ökonomischer Macht stellen, die die Tendenz hat, sich von politischer Kontrolle zu verabschieden und ihren eigenen Regeln folgt. Aus normativer Sicht sind dies Regeln der Willkür, und sie müssen durch Strukturen der Rechtfertigung zivilisiert und verändert werden. Seit ihren Kämpfen gegen feudale Verhältnisse war das die Aufgabe der Demokratie, und in heutigen Zeiten des Finanz- und digitalen Kapitalismus, in denen wir neofeudale Zustände in vielen Gesellschaften, aber auch weltweit, beobachten, die soziale Ungleichheiten zementieren, trifft dies immer noch zu. Die Demokratie muss Formen der Stärke finden, die den Kräften entsprechen, die sich ihr entziehen. Dies ist das Argument dafür, dass die Zukunft der Demokratie heute ohne transnationale Politik nicht denkbar ist. Um es scheinbar paradox zu formulieren: Die Zukunft der nationalstaatlichen Demokratie hängt davon ab, dass sie Teil nationenübergreifender Strukturpolitik wird. Wenn wir die alte Aufgabe der Demokratie nicht neu denken, verharren wir in jenem Zustand der Entzweiung, den ich zu schildern versucht habe.

Literaturverzeichnis

- Arato A., Cohen J.L. (2017), *Civil Society, Populism and Religion*, in “Constellations”, 24, 3: 283-295.
- Avant D.D., Finnemore M., Sell S.K. (Hg.) (2010), *Who Governs the Globe?*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Biebricher T. (2018), *Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus*, Berlin: Matthes & Seitz.
- Brennan J. (2017), *Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen*, Berlin: Ullstein.
- Crouch C. (2008), *Postdemokratie*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Forst R. (2005), *Die erste Frage der Gerechtigkeit*, in “Aus Politik und Zeitgeschichte”, 37: 24-31.
- (2007), *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- (2015), *Normativität und Macht. Zur Analyse sozialer Rechtfertigungsordnungen*, Berlin: Suhrkamp.
- (2016), *The Justification of Basic Rights: A Discourse-Theoretical Approach*, in “Netherlands Journal of Legal Philosophy”, 45, 3: 7-28.

- (2021), *Die noumenale Republik. Kritischer Konstruktivismus nach Kant*, Berlin: Suhrkamp.
- Fraser N. (2017a), *From Progressive Neoliberalism to Trump*, in “American Affairs”, 1, 4: 46-64.
- (2017b), *The End of Progressive Neoliberalism*, *Dissent*, 2 Januar, abrufbar unter: https://www.dissentmagazine.org/online_articles/progressive-neoliberalism-reactionary-populism-nancy-fraser [letzter Zugriff 16/5/2021].
- Habermas J. (1992), *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- (1998), *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- (2011), *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp.
- Joppke C. (2018), *Der säkulare Staat auf dem Prüfstand. Religion und Politik in Europa und den USA*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Keane J. (2009), *The Life and Death of Democracy*, New York: Simon and Schuster.
- Kelsen H. (2018) [1929], *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, Ditzingen: Reclam.
- Levitsky S., Ziblatt D. (2018), *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Lilla M. (2017), *The Once and Future Liberal. After Identity Politics*, New York: Harper.
- Meckstroth C. (2015), *The Struggle for Democracy. Paradoxes of Progress and the Politics of Change*, New York: OUP USA.
- Mounk Y. (2018), *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*, München: Droemer Knauer.
- Müller J.-W. (2016), *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp.
- Mishra P. (2017), *Das Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart*, Frankfurt/M.: Fischer.
- Piketty T. (2014), *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München: C. H. Beck.
- (2018), *Our Manifesto to Save Europe from Itself*, *The Guardian*, 9. Dezember, abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/dec/09/manifesto-divided-europe-inequality-europeans>, [letzter Zugriff 16/5/2021].
- Runciman D. (2020), *So endet die Demokratie*, Frankfurt/M: Campus Verlag.
- Sunstein C.R. (2017), *#Republic. Divided Democracy in the Age of Social Media*, Princeton: Princeton University Press.